(3) Übersteigt die Höhe der Forderungen den Haftungsfonds, ist dieser auf die einzelnen Forderungen im Verhältnis zu ihrer jeweiligen Höhe aufzuteilen. Alle Forderungen sind bei der Verteilung gleichberechtigt; Schiffsgläubigerrechte und andere Pfandrechte begründen kein Vorrecht.

(4) Ist der Gesamtbetrag der Forderungen niedriger als der Haftungsfonds, steht die Differenz dem Antragsteller zu, der den Haftungsfonds errichtet hat.

§24

Verteilungsplan bei Personen- und Sachschäden

(1) Sind im Haftungsbeschränkungs-Verfahren Forderungen aus Verletzung und Tötung von Personen und Forderungen aus Sachschäden einbezogen, ist der Verteilungsplan in 2 Teilen aufzustellen:

Teil A für Forderungen aus Verletzung und Tötung von Personen,

Teil B für Forderungen aus Sachschäden und Restforderungen gemäß Abs. 3.

(2) Auf die Forderungen im Teil A ist der Anteil des Haftungsfonds zu verteilen, der ausschließlich für Personenschäden zur Verfügung steht. Auf die Forderungen im Teil B ist der Anteil des Haftungsfonds zu verteilen, der hierfür zur Verfügung steht.

(3) Werden Forderungen des Teils A nicht in voller Höhe erfüllt, nehmen die Restforderungen als gleichberechtigte Forderungen an der Verteilung des Haftungsfonds teil, der für Teil B zur Verfügung steht.

(4) Diese Bestimmungen gelten nicht, wenn das Haftungsbeschränkungs-Verfahren wegen Forderungen aus der Gewässerverunreinigung geführt wird.

§25

Ausführung des Verteilungsplanes

(1) Gegen den Verteilungsplan können die Verfahrensbeteiligten innerhalb eines Monats nach Zustellung Einwendungen beim Gericht erheben, über die durch Beschluß entschieden wird.

(2) Nach rechtskräftiger Entscheidung über Einwendungen, jedoch nicht vor Ablauf der Frist gemäß Abs. 1, weist das Gericht den Verfahrensbeauftragten an, die Auszahlung des Haftungsfonds nach dem Verteilungsplan vorzunehmen. Mit der Auszahlung sind die Forderungen, die in das Haftungsbeschränkungs-Verfahren einbezogen waren, erfüllt.

§ 26 -----

Nachträgliche Verteilung

(1) Wurde für eine bedingte eigene Forderung ein Anteil des Haftungsfonds vorläufig zurückbehalten, ist dem Antragsteller aufzugeben, innerhalb eines Jahres unter Nachweis der von ihm vorgenommenen Zahlung beim Gericht die Umwandlung seiner bedingten eigenen Forderung in eine eigene Forderung zu beantragen.

(2) Stellt der Antragsteller den Antrag gemäß Abs. 1, hat das Gericht den Verfahrensbeauftragten anzuweisen, einen Nachtragsverteilungsplan aufzustellen. Hat der Antragsteller innerhalb der Frist gemäß Abs. 1 keinen Antrag gestellt, ist der Nachtragsverteilungsplan aufzustellen, ohne die Forderungen des Antragstellers zu berücksichtigen.

(3) Die Bestimmungen über den Verteilungsplan finden Anwendung.

§27

Abschluß des Verfahrens

(1) Nach Auszahlung des Haftungsfonds hat der Verfahrensbeauftragte seine Unterlagen über die Verwaltung des Haftungsfonds einschließlich sämtlicher Belege dem Gericht zur Prüfung vorzulegen.

(2) Nach Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Verwaltung und Auszahlung des Haftungsfonds stellt das Gericht das Haftungsbeschränkungs-Verfahren durch Beschluß ein und setzt die Vergütung des Verfahrensbeauftragten fest.

§28

Kosten des Verfahrens

(1) Kosten des Haftungsbeschränkungs-Verfahrens sind Gerichtsgebühren und Auslagen für die Aufwendungen und die Vergütung des Verfahrensbeauftragten.

(2) Für das Haftungsbeschränkungs-Verfahren wird eine volle Gerichtsgebühr gemäß § 165 der Zivilprozeßordnung erhoben. Wird das Haftungsbeschränkungs-Verfahren vorzeitig beendet, wird eine halbe Gerichtsgebühr erhoben.

(3) Der Gebührenwert bestimmt sich nach der Höhe des Haftungsfonds.

(4) Die Kosten des Haftungsbeschränkungs-Verfahrens trägt der Antragsteller. Mehrere Antragsteller tragen die Kosten als Gesamtschuldner.

Zweites Kapitel

Vollstreckung in Schiffe und Schiffsbauwerke

Grundsätze

§29

(1) Die Vollstreckung in Schiffe und Schiffsbauwerke, die in ein Schiffs- oder Schiffsbauregister eingetragen sind, erfolgt nach den Bestimmungen dieser Verordnung. Die Vollstreckung in nicht eingetragene Schiffe und Schiffsbauwerke erfolgt nach den Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über die Pfändung von Sachen.

(2) Die Vollziehung einer einstweiligen Anordnung, durch die ein Schiff zur Sicherung einer Forderung beschlagnahmt wird, erfolgt durch Zustellung der einstweiligen Anordnung an den verantwortlichen Schiffsführer. Das Gericht hat zugleich die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung des Schiffes anzuordnen.

§30

(1) Die Vollstreckung in eingetragene Schiffe und Schiffsbauwerke oder in Eigentumsanteile daran (nachstehend als Schiff bezeichnet) ist, soweit sie nicht durch Rechtsvorschriften ausgeschlossen ist, nur zulässig, wenn

1. die Erfüllung des Anspruchs aus dem Schiff zu erfolgen hat,
2. ein sonstiger Anspruch mindestens 1 000 M beträgt.

(2) Für die Vollstreckung ist das Kreisgericht zuständig, in dessen Bereich sich das Schiff oder das Schiffsbauwerk befindet. Die Vollstreckung obliegt dem Sekretär.

Einleitung der Vollstreckung

§31

(1) Beantragt der Gläubiger eines Anspruchs gemäß § 30 Abs. 1 Ziff. 1 die Vollstreckung in ein Schiff, hat sie der Sekretär des Kreisgerichts durch Beschluß anzuordnen.

(2) Stellt der Sekretär bei der Vollstreckung eines sonstigen Anspruchs fest, daß der Schuldner Eigentümer eines Schiffes ist, kann er mit Einwilligung des Gläubigers die Vollstreckung in das Schiff durch Beschluß anordnen.

§32

(1) Der Beschluß, durch den die Vollstreckung angeordnet wird (Anordnungsbeschluß), hat die Bezeichnung des Gläubigers und des Schuldners des geltend gemachten Anspruchs und des Vollstreckungstitels sowie des Schiffes, in das vollstreckt wird, zu enthalten. In ihm ist die Pfändung des Schiffes zugunsten des Gläubigers auszusprechen.